

Zürich

Frau Bösch hilft

Seit 50 Jahren begleitet Julie Bösch im Pflegezentrum Bachwiesen hilfsbedürftige Menschen durch den Alltag - freiwillig und unentgeltlich. Mittlerweile ist die 87-Jährige älter als viele ihrer Schützlinge.

Von Kathrin Fink

Zürich - «Aufmachen Frau Schmid, aufmachen.» Julie Bösch hält den Löffel mit dem Kartoffelpüree an den Mund der dementen Frau. Die Mundwinkel zucken etwas, die Lippen öffnen sich zu einem winzigen Spalt. «Ich staune manchmal, wie die Leute jahrelang dement daliegen, nichts mehr sagen, aber noch genau wissen, wie man den Mund öffnet», sagt Bösch über ihre wöchentliche Arbeit bei der Verpflegung der Patienten auf der Demenzstation des Pflegezentrums Bachwiesen.

Bei Frau Schmid ist das in letzter Zeit allerdings problematisch geworden. Sie weiss manchmal nicht mehr, wie man «aufmacht». So wie heute. Julie Bösch versucht es mit Zureden. Doch das hilft nicht. Sie muss den Löffel vorsichtig in Frau Schmid's Mund schieben. Das Essen kann so bis zu einer halben Stunde dauern. Doch Geduld ist eine Eigenschaft, die Julie Bösch auszeichnet.

Bösch ist seit 50 Jahren als freiwillige Mitarbeiterin im Pflegezentrum Bachwiesen in Albisrieden im Einsatz - seit es das Zentrum gibt. Mittlerweile ist sie selber 87 Jahre alt und älter als viele ihrer Schützlinge. Sie nimmt eine spezielle Funktion wahr, ist stärker eingebunden als andere Freiwillige. Zwei Tage pro Woche ist sie jeweils vor Ort, manchmal auch mehr, dazu kommen noch einzelne Sonntage. Sie hilft beim Essen, geht mit den Bewohnern spazieren, liest ihnen vor oder erzählt Witze - ihre Spezialität. Alles unentgeltlich.

Unerfüllter Kinderwunsch

Der Wunsch, anderen Menschen zu helfen, entwickelte sich bei ihr schon früh. Aufgewachsen auf einem Bauernhof in St. Gallen, besuchte sie bereits in der Sekundarschule betagte Menschen im Spital, einfach um sie zu unterstützen. Später absolvierte sie eine Ausbildung zur Haushälterin im Broderhaus in Sargans und machte ein Praktikum in einer Familie in Azmoos. Dort lernte sie ihren zukünftigen Mann kennen, und ihre Rolle als Hausfrau und Mutter schien programmiert. Aber es sollte anders kommen.

Nach einer gewissen Zeit wurde deutlich, dass das Paar keine Kinder bekommen konnte, und Julie Bösch wollte sich nach einer anderen Aufgabe im Leben umsehen. Sie fing an, handwerkliche Kurse beim Roten Kreuz zu belegen, mit dem Ziel, später bei der Aktivierungstherapie (früher Beschäftigungstherapie) von motorisch behinderten Menschen helfen zu können. Bald konnte sie ehrenamtlich in den Einsatz geschickt werden. Sie unterstützte die Therapie-



«Es gibt mir eine tiefe Befriedigung»: Julie Bösch bei ihrer Arbeit. Foto: Esther Michel

tin im Waidspital Zürich in ihrer Arbeit, malte und bastelte mit den Menschen. 1961, nach 12 Jahren, wechselten all «ihre» Patienten ins neu entstandene Pflegezentrum Bachwiesen in Albisrieden, und sie zog mit ihnen.

Zu Beginn war sie weiterhin in der Aktivierungstherapie als Hilfskraft beschäftigt. Doch bald schon gab es Umstrukturierungen im Gesundheitswesen. Die Gruppen mit Patienten wurden kleiner, es gab mehr Stellenprozent für Thera-

peuten. Die damalige Abteilungsleiterin wollte aber nicht auf Böschs Hilfe verzichten und fragte sie, ob sie nicht auf die Demenzstation wechseln wolle. Dort gab es viele Menschen, die nicht mehr selbstständig essen konnten und auf Hilfe angewiesen waren. Julie Bösch probierte es aus, und es gefiel ihr. Bis heute ist das ihre Hauptstation geblieben.

Im Pflegezentrum Bachwiesen waren letztes Jahr 69 freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter während

9570 Stunden im Einsatz, das entspricht 1196 Arbeitstagen. Die Art der Tätigkeiten ist dabei ganz unterschiedlich. Hilfe wird überall dort benötigt, wo das Pflegepersonal keine oder nicht genug Zeit aufbringen kann. Gefragt ist Beziehungsarbeit wie spazieren gehen, vorlesen oder einfach Zeit verbringen mit den Bewohnern. All das, was bei einem hektischen Arbeitsalltag öfter auf der Strecke bleibt. Reto Steimen, Betriebsleiter des Zentrums, sagt: «Die freiwillige Mitarbeit ist aus dem Betrieb nicht wegzudenken. Es ist ein grosser Gewinn für alle Beteiligten.»

Manchen Freiwilligen wie Julie Bösch gelingt es, zu einzelnen Bewohnern eine intensive Beziehung aufzubauen. «Das ist dann fast wie ein Familienmitglied», sagt sie. Man besucht die Person regelmässig und begleitet sie in alltäglichen Situationen. Oft wird so auch das Abschiednehmen zum Thema. Der Tod eines Bewohners kann für einen Freiwilligen sehr belastend sein. «Es gibt Leute, die dann erstmals eine Pause einlegen», sagt Pia Zimmermann Rambeas, welche die Freiwilligen im Bachwiesen koordiniert. «Einige kommen nach einer Weile zurück, andere nicht. Das kann jeder selbst entscheiden.»

«Ich habe alle so gern»

Es stellt sich die Frage, ob Julie Bösch nach 50 Jahren nicht langsam genug hat? So viele Menschen hat sie kommen und gehen sehen, so viele Schicksale. Doch die 87-Jährige kann sich nicht vorstellen aufzuhören. «Ich habe alle so gern», sagt sie, «auch die Schwierigen.» Ein einziges Mal sei sie mit einer Bewohnerin an die Grenzen gekommen. Sie war eine sehr fordernde und eigene Persönlichkeit. «Sie wollte andauernd etwas. Dass man etwas zur Post bringt oder einkaufen geht. Man konnte gar keine richtige Beziehung zu ihr aufbauen», erinnert sich Bösch. Da löste sie schweren Herzens das Verhältnis auf. Es war schwierig für sie, der Heimleitung zu sagen, dass sie nicht mehr konnte. Bis dahin hatte sie nie solche Probleme gehabt. Doch nach einiger Zeit war ihr Engagement wieder voll da. Sie sagt: «Ich wollte nicht, dass mir das Bachwiesen verleidet.»

So ist denn auch die Antwort auf die Frage keine Überraschung, was ihr die Freiwilligenarbeit nach so langer Zeit noch gibt. Mit Überzeugung in der Stimme sagt sie: «Es gibt mir eine Befriedigung, eine tiefe Befriedigung.»

Namen von Patienten wurden aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes geändert.

Stöhlkers Sohn wegen Rassismus verurteilt

Zürich - Der 41-jährige Fidel S. Stöhlker, Sohn des bekannten PR-Beraters Klaus J. Stöhlker, ist von der Staatsanwaltschaft per Strafbefehl zu einer bedingten Geldstrafe von 75 Tagessätzen zu 250 Franken verurteilt worden. Nach Auffassung der Staatsanwaltschaft hat Stöhlker gegen die Rassismustrafnorm verstossen. In einem Blog hatte er die Kosovaren als «Pack» und «niederer Volk» bezeichnet. Hintergrund des Onlinebeitrags waren zwei Gewalttaten in Pfäffikon und Interlaken, bei denen zwei Frauen getötet und ein Mann verletzt wurden.

Neben der Geldstrafe, die Stöhlker nur bezahlen muss, wenn er in den nächsten drei Jahren wieder straffällig wird, wurden ihm eine Busse von 3000 Franken und Verfahrenskosten von 1500 Franken aufgebürdet. Wie sein Anwalt Valentin Landmann gestern gegenüber Tagesanzeiger.ch erklärte, will der Verurteilte in den nächsten Tagen entscheiden, ob er Einsprache erheben will. Gegenanwalt David Gibor glaubt aber nicht, dass Stöhlker dies tun wird. Ein Strafbefehl sei genau, was Stöhlker angestrebt habe: «Damit kann er einer öffentlichen Gerichtsverhandlung entgehen, an der er als Rassist gebrandmarkt würde.» Gleichwohl zeigte sich Gibor zufrieden mit dem Urteil des Staatsanwaltes. (sch)

Nachrichten

Überfall

Maskierte rauben Lebensmittelladen aus

Elgg - Zwei Maskierte haben gestern früh einen Lebensmittelladen an der Vordergasse überfallen. Um 5.15 Uhr lauerten sie einer Angestellten auf und zwangen sie, den Tresor zu öffnen. Nachdem die Frau den Tätern einige Tausend Franken übergeben hatte, wurde sie niedergeschlagen. Die Täter flüchteten darauf Richtung Kirche. Die Polizei bittet bei den Ermittlungen um Mithilfe. Beide Männer sind zwischen 20 und 25 Jahre alt, etwa 175 cm gross und schlank. Hinweise sind an 052 268 52 22 zu richten. (sch)

Verhaftet

Taschendieb in flagranti ertappt

Affoltern am Albis - Fahnder der Kantonspolizei haben am Dienstag im Restaurant eines Einkaufszentrums einen 29-jährigen Algerier verhaftet. Sie hatten beobachtet, wie er einem 67-jährigen Rentner den Geldbeutel entwendete. (sch)

Unfall I

16-Jähriger mit dem Roller schwer verunglückt

Maur - Ein 16-jähriger Teenager ist am Montag kurz nach 17 Uhr aus unbekanntem Grund auf der Rellikerstrasse von der Fahrbahn abgekommen und über die Böschung gestürzt. Nachdem er über einen Radweg geschlittert war, kam er in einer Wiese zum Stillstand. Er erlitt schwere Kopfverletzungen. (sch)

Unfall II

Auf dem Bahnhofplatz von Bus überrollt

Winterthur - Am Dienstagmittag kurz vor 12.30 Uhr ist ein 62-jähriger Mann auf dem Bahnhofplatz von einem Linienbus überrollt worden. Der Mann musste mit Beinverletzungen ins Spital eingeliefert werden. (sch)

Schulen

Neue Pavillons gegen knappe Klassenzimmer

Winterthur - Weil die Stadt rasch wächst, fehlt es in Winterthur an Schulzimmern. Das Schul- und Sportdepartement will die Raumnot laut einer Mitteilung mit Containern beheben. Am weitesten gediehen sind die Pläne bei den Schulhäusern Tössfeld und Eichliacker, wo auf das Schuljahr 2012/13 hin je ein zweistöckiger Pavillon zu stehen kommt, der Raum für sechs Klassenzimmer bietet. In den Schulkreisen Oberwinterthur und Hegi sind neue Schulhäuser projektiert. Bis diese gebaut sind, will die Stadt bei den Schulhäusern Hegi und Rychenberg provisorische Container aufstellen, die nach den Sommerferien bereitstehen sollen. Später ist auch beim Schulhaus Laubegg ein Provisorium vorgesehen. (ms)

Fluglärm: Kanton subventioniert Schallschutz

Zürich - Hausbesitzer in der Umgebung des Flughafens können in Zukunft für «hochwertige Schallschutzmassnahmen» an bestehenden Gebäuden Subventionen beantragen, wenn der Fluglärm mindestens über dem Immissionsgrenzwert liegt. Beiträge gibt es auch, wenn Häuser ersetzt werden, nicht aber bei Neubauten. Der Regierungsrat hat die Verordnung dazu per 1. März in Kraft gesetzt, wie er gestern mitteilte. Pro Wohnung oder Einfamilienhaus zahlt der Kanton ein Drittel der Zusatzkosten; der Höchstbetrag pro Wohneinheit liegt bei 10 000 Franken. Liegt der Lärm über dem Alarmwert, sind die Beiträge höher. Als «hochwertige Massnahme» gilt etwa eine Schallschutzfassade in Kombination mit einer Komfortlüftung.

Zusätzlich bietet der Kanton eine Beratung für Bauherren an. Ziel ist es, das Programm mit bereits laufenden Energiespar- und Schallschutzprogrammen zu koordinieren. Voraussichtlich ab dem Sommer können Bauherren Gesuche um Subventionen einreichen.

Beiträge erhalten auch Gemeinden, die wegen des Fluglärms beispielsweise die kommunale Nutzungsplanung oder regionale Richtpläne anpassen müssen. Der Kanton zahlt maximal 80 Prozent an solche Massnahmen. Gemeinden können ab sofort Gesuche einreichen. (leu)

«Hotel Suff»-Gegner suchen ehemalige Gäste für einen Pilotprozess

Ein linkes Komitee ruft in Zürich zu Beschwerden gegen Einweisungen in die zentrale Ausnüchterungsstelle auf. Die Rechtslage sei unklar.

Von Martin Huber

Zürich - «Hotel Suff - so nöd» heisst das Komitee, das sich gegen die von der Stadt betriebene zentrale Ausnüchterungsstelle (ZAS) in der Uraniawache wehrt. Dem Komitee gehören AL, Juso, Junge Grüne, Junge linke Alternative, Demokratische Juristen und die Menschenrechtsgruppe Augenauf an. Gestern trat das Komitee vor die Medien und rief ehemalige Insassen der ZAS auf, sich gegen ihre Einweisung zu wehren. Mittels Einsprachen soll geklärt werden, ob die Massnahme rechtlich zulässig war.

Ins «Hotel Suff» bringt die Stadtpolizei seit zwei Jahren stark berauschte Personen, die nach Alkohol- oder Drogenmissbrauch entweder sich oder andere gefährden. Bis Ende letzten Jahres hat sie 1038 Männer und Frauen eingewiesen. Wer in der ZAS landet, muss je nach Aufenthaltsdauer 600 oder 950 Franken bezahlen. Das Stadtparlament hat Ende Februar den Kredit für eine Verlängerung des Projekts bis 2015 bewilligt.

«Wir streben einen Pilotprozess an, falls nötig ziehen wir bis vor Bundesgericht», sagte Anwältin Manuela Schiller von den Demokratischen Juristen. Dazu schaltet das Komitee heute Abend auf der Website www.hotelsuff-sonoed.ch Mustereinsprachen auf und bietet via E-Mail eine Gratis-Erstberatung an. Bei Bedarf vermittelt es zudem Anwälte. Das Komitee hofft auf möglichst viele Beschwerden. Laut Schiller bewegt sich die Stadt mit der ZAS auf «sehr dünnem Eis». Denn in den meisten Fällen seien die rechtlichen Voraussetzungen nicht gegeben, um jemanden in Gewahrsam zu nehmen. So hätten 70 Prozent der Betroffenen weniger als zwei Promille Alkohol im Blut gehabt, und lediglich 20 Prozent seien wegen Selbst- und Fremdgefährdung eingeliefert worden.

Teurer als in der Pöschwies

Auch für die Kostenüberwälzung fehlt nach Ansicht des Komitees eine genügende Rechtsgrundlage. Im Gesetz sei nur geregelt, dass die Kosten eines Polizeieinsatzes demjenigen auferlegt werden können, der den Einsatz vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht hat. Diese Bestimmung genüge für eine Kostenaufhebung nicht, ist Schiller überzeugt. Zudem seien die Preise völlig unverhältnismässig. So koste etwa der Aufenthalt in der Strafanstalt Pöschwies 300 Fran-

ken pro Tag, eine Nacht in der Psychiatrischen Universitätsklinik 350 Franken. Für «fast schon unerträglich» hält es Schiller, dass sich die rot-grüne Stadtregerung und der Gemeinderat auf den Standpunkt stellten, die Rechtsgrundlage sei gegeben und Betroffene könnten sich ja wehren. Auch AL-Gemeinderat Walter Angst kritisierte die Stadt. Das Wegsperrn und die Kostenüberwälzung wiesen klaren Strafcharakter aus.

Stadtpolizei widerspricht

Das Komitee zeigte sich überzeugt, dass Einsprachen Erfolg haben können. Bis jetzt hätten sich schon 42 Personen gewehrt. In 20 Fällen sei die Kostenüberwälzung aufgehoben worden, 12 Einsprachen seien noch hängig, 5 Personen hätten vorzeitig aufgegeben, nur 5 Einsprachen habe der Stadtrat abgewiesen.

Das Polizeidepartement von Daniel Leupi (Grüne) hält an der Rechtmässigkeit der ZAS fest. «Aus unserer Sicht stellt das kantonale Polizeigesetz eine ausreichende rechtliche Grundlage dar, nicht nur für die Gewahrsamnahme von Personen, die sich oder Dritte in berauschem Zustand gefährden, sondern auch für die Verrechnung eines Teils der dadurch entstandenen Kosten», so Sprecher Reto Casanova. Sollte ein Gericht die Situation anders beurteilen, müsste die Stadt Anpassungen vornehmen.